



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Aussetzung des EU Israel Assoziierungsabkommens

Aktuell seit 27.05.2026 12:42:31

Angegeben von:

Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (R001414) am
27.05.2026

Beschreibung:

Mit Bestürzung haben wir die Entscheidung der Knesset zur Ausweitung der Todesstrafe in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten aufgenommen. Die Einführung der Todesstrafe, verbunden mit den in dem Gesetz verankerten Tatbeständen und Zuständigkeiten, verletzt elementare rechtsstaatliche Grundsätze, internationale Menschenrechtsstandards, und humanitäres Völkerrecht, inklusive der sich aus den Genfer Konventionen ergebenden Verpflichtungen einer Besatzungsmacht. Die Verabschiedung des Gesetzes steht im Kontext der ohnehin gravierende Menschenrechtssituation insbesondere in den besetzten palästinensischen Gebieten. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für die Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens einzusetzen.

Betroffene Interessenbereiche (2)

Außenpolitik [alle RV hierzu]

Menschenrechte [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2605270034 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.04.2026 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

